Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22255. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1069 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 29. September 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 229

Betriebe an die Front!

Gegen den Schiedsspruch in der Metallindustrie Sachsen-Anhalts

Im Lohnstreit in der Metallindustrie sind die Industriellen fort auf den Schiedsspruch, der die bisherigen Löhne bestehen läßt, eingegangen. Die Gewerkschaftsvertreter, die eine Erhöhung auf 80 Pf., d. i. etwas über 20 Prozent, gefordert hatten, haben eine Erklärungsfrist bis zum Montag nachgesucht. Nun haben die Betriebsarbeiter das Wort!

Daß die Scharfmacher in der Metallindustrie auf den Lohnspruch überhaupt eingingen und nicht noch eine Reduzierung forderten, ist das in den zwei letzten Jahren ihnen schon zur Gewohnheit geworden war, hat seinen besonderen Grund: Erstens wollen sie durch dieses „Zugeständnis" ihrerseits Zugeständnisse erhalten bei den zurzeit noch laufenden Verhandlungen über den Manteltarif. Zweitens hat ein Teil der Großindustriellen durch die angels genügenden Widerstandes der deutschen Arbeiterklasse auf ihren Kosten durchgeführte Rationalisierung einige vorübergehende Absatzmöglichkeiten erhalten und will diese nun restlos ausnutzen, obei sie einen Streik der Arbeiterschaft nicht gebrauchen kann. Nachrichten über Neueinstellungen und Neuaufträge in der Zeiger Zeichnenfabrik, bei Wegelin & Hübner, Halle, und verschiedenen anderen Firmen sind ein Zeichen dieser Tendenz.

Gerade diese Tendenz macht es notwendig, daß die Betriebsräte und der DMB. so schnell wie möglich mobilisieren. Die Rationalisierung hat keine Preissenkung, sondern eine langsam steigende Teuerung im Gefolge. Die Metallarbeiterschaft muß deshalb

unbedingt auf der 80-Pfennig-Forderung bestehen bleiben,

trotz des Schiedsspruchs. Die Unternehmer pfeifen auf Schiedssprüche, wenn sie ihnen nicht passen, obwohl das gesamte Schlichtungswesen letzten im Grunde nur ihnen zugute kommt. Die Arbeiterklasse muß heute diesem Schlichtungswesen den Kampf ansagen, so wie es im Rheinland, in Berlin und Hamburg die Beispielgesellschaften jetzt getan haben.

Die mitteldeutschen Metallindustriellen ziehen die Verhandlungen über den Manteltarif in die Länge, damit der Montag erst einmal vorübergeht und die Lohnfrage dann erledigt ist. Das darf die Metallarbeiterschaft nicht zulassen, sie muß beide Fragen miteinander verbinden. Der von den Unternehmern vorgelegte

Manteltarifvertrag enthält völlig unannehmbare Bedingungen.

Die ausschließlich der Pausen grundsätzlich festgelegte 48-Stunden-Woche kann danach in den einzelnen Betrieben „je nach wirtschaftlichen und betriebstechnischen Notwendigkeiten" auf 57 Stunden ohne Anspruch auf Ueberstundenzahlung verlängert werden. Weiter heißt es, daß „Arbeitergruppen, deren Tätigkeit in der Hauptsache in Arbeitsbereitschaft besteht, für Sonn- und Feiertagsarbeit keine besonderen Zuschläge" erhalten. „Entstehen über die Festsetzung der Stückzeiten oder des Stückpreises Streitfälle, so entscheidet die Zeitstudie."

Der Urlaub soll im Höchstfalle 3 Tage betragen, nämlich wenn über 18 Jahre alte Arbeiter mindestens 1 Jahr ununterbrochen in demselben Betrieb beschäftigt sind. Die Lohnspanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen soll auf 60 Prozent herabgesetzt werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen, warum die Unternehmer auf den Lohn-Schiedsspruch eingegangen sind. Durch den Manteltarif haben sie hinterher jegliche Lohnreduzierung in der Hand.

Die Metallarbeiterschaft darf nicht mehr zögern. Heute und morgen schon heißt es in allen Betrieben Stellung nehmen und vom DMB. die Ablehnung des Schandspruches und Kampfes-Mobilisierung zu verlangen.

Die Bergarbeiter wollen weiter kämpfen

(Eig. Drahtm.) London, 29. September.

Zur heutigen Delegiertenkonferenz der englischen Bergarbeiterverbände liegen zahlreiche Resolutionen der Bergarbeiter vor, in denen sie weitere Konzessionen an die Regierung in bezug auf Arbeitszeit und Bezirkslohnabkommen einmütig ablehnen. So hat der Exekutivrat des Bergarbeiterverbandes Südwales in seiner Konferenz diese Vorschläge der Regierung einmütig abgelehnt. Die Exekutive der schottischen Bergarbeiter hat auf einer Konferenz der Bergarbeiter aufgefordert, standzuhalten und weiterzukämpfen. Im Yorkshire-Bezirk herrscht, nach einem Bericht des „Daily Herald" prächtige Kampfstimmung. Die am gestrigen Tage tagende Exekutive der Bergarbeiter hat beschlossen, der Delegiertenkonferenz keine freie Entscheidung über die Vorschläge der Regierung zu überlassen und keine Empfehlung über Ablehnung oder Annahme der Regierungsvorschläge zu machen. Im Laufe des gestrigen Tages haben außerdem eine Anzahl von Besprechungen zwischen der Exekutive der Bergarbeiter, der Fraktion der Labour Party und dem Generalrat der Gewerkschaften statt, in denen die Bergarbeiter die Notwendigkeit finanzieller Abgaben aller Gewerkschaftsmitglieder für die kämpfenden Bergarbeiter vertraten. Selbst nach den Zahlen, die von Unternehmerseite verbreitet werden, stehen noch mehr 1 100 000 Bergarbeiter im Kampf, der bereits 150 Tage dauert.

Husemann sabotiert die Solidaritätsaktion

(Eig. Drahtm.) Essen, 29. September.

Eine offizielle Mitteilung des Deutschen Bergarbeiterverbandes über die Ergebnisse der in den letzten zwei Tagen stattgefundenen Beratungskonferenzen des Verbandes zeigt den schlimmsten Verrat der Gewerkschaftsführer. Es wird in ihr statistisch festgestellt, daß sich für die deutschen Unternehmer im Bergbau eine steigende Konjunktur bietet und daß die Kohlenexporte nach Großbritannien die „schärfste Verurteilung" finden müßten. Es seien allerdings nur verhältnismäßig geringfügige Mengen, wird dann in der Mitteilung bemerkt, der Hauptanteil an der Streikbrecherkohle stamme von den englischen Bergarbeitern und werde nur über die deutschen Häfen Hamburg, Stettin, Bremen und Harburg verschickt. Husemann und der VBLA.-Vorstand werden auch die Schuld der reformistischen Führer des Deutschen Verkehrsbundes am Transport der Streikbrecherkohle verteidigen. Sie wollen allerdings durch Vorstellungen der Vertreter des Bergarbeiterverbandes im Reichskohlenrat und anderen Stellen zu einer weiteren Unterbindung der Kohlenzufuhr nach Großbritannien beitragen. Diese Komödie wird natürlich niemand ernst nehmen.

Anstatt in dieser Situation auf der deutschen Bergarbeiterseite den Streik zu beschließen, haben die reformistischen deutschen Bergarbeiterführer lediglich beschlossen, die lächerliche Summe von 50 000 Mark zur Unterstützung der kämpfenden englischen Bergarbeiter erneut zu bewilligen und die Sammlungen „mit Nachdruck" weiterzuführen.

Nach dem Hamburger Streikbeschluß noch einmal Verhandlungen

(Eig. Meld.) Hamburg, 28. September.

In der Urabstimmung der Hamburger Hafenarbeiter über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches stimmten 4042 für Ablehnung und 1196 für Annahme. Die erforderliche ¾-Mehrheit für einen Streikbeschluß ist damit erheblich überschritten. Der Reichsarbeitsminister hat nach Bekanntwerden des Abstimmungsverhältnisses eine neue Aussprache zwischen Arbeitervertretern und Unternehmern angeordnet, die am Mittwoch und Donnerstag in Berlin stattfinden soll.

Die Lohnbewegung im Groß-Berliner Baugewerbe

Die Unternehmer fordern Abbau der Löhne — Der neue Silverberg-Kurs

Berlin, 28. September.

Zur Beilegung des Lohnkonflikts im Groß-Berliner Baugewerbe fanden gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen vor dem Zentralschlichtungsamt statt. Dieses lehnte sowohl die Anträge der Arbeitgeber, die einen Abbau der Löhne für die Hilfsarbeiter verlangten, als auch die der Arbeitnehmer, die eine Aufbesserung der Löhne forderten, ab. Durch diese Regelung bleibt das bisherige Lohnabkommen für das gesamte Baugewerbe in Groß-Berlin bis zum Dezember in Kraft.

Wir brachten gestern eine längere Meldung über die Lohnverhandlungen im Bankgewerbe. Während die Bankangestellten eine bescheidene Gehaltserhöhung forderten, antworteten die Herren Bankiers nicht nur mit einer Niederschlagung der bescheidenen Forderungen, sondern darüber hinaus mit einer weiteren Reduzierung der elenden Gehaltssätze der Bankbeamten. Hier liegt der Fall ebenso. In diesen beiden gleichartigen Stellungen des Unternehmertums spiegelt sich der Silverberg-Kurs wider! Weiterer Abbau der Löhne im Zeichen der Großen Koalition. Es wird Zeit, daß sich alle Arbeiter geschlossen, wirtschaftlich und politisch gegen diese weiteren Verelendungspläne zur Wehr setzen.

Die Typhusepidemie in Hannover

136 Tote

Hannover, 28. September.

Seit Montag morgen sind 40 Personen aus den Krankenhäusern als gesund entlassen worden. 33 Erkrankte wurden neu aufgenommen, während drei Personen gestorben sind. Die Gesamtzahl der Erkrankten und Typhusverdächtigen betrug am Dienstagvormittag 1732, gegen 1742 am Montagmorgen, die der Gestorbenen 136, gegen 133 am Montagmorgen.

Sowjet-Rußlands Kampf gegen die Kriegspläne

Was bedeutet der russisch-litauische Vertrag?

Nach Telegrammen aus Kowno ist der litauische Minister-Präsident nach Moskau abgereist, um dort einen Freundschaftsvertrag mit Sowjet-Rußland zu unterzeichnen. Die „Welt am Montag", das Organ des Völkerbundsfreundes v. Gerlach, hatte bereits eine gehässige Entstellung über den Inhalt des litauisch-russischen Vertrages gemeldet. Danach soll Sowjet-Rußland die Absicht verfolgen, durch Abschluß des Vertrages Litauen zu einem militärischen Angriff auf Polen zur Rückeroberung von Wilna zu reizen. Selbstverständlich schließt Sowjet-Rußland keine Verträge ab, deren Grundgedanke die Vorbereitung eines Angriffskrieges wäre. Im Gegenteil: Sowjet-Rußland hat sämtlichen Randstaaten angeboten, mit ihm Verträge abzuschließen, die jede Kriegsgefahr ausschalten. Aehnliche Verträge bestehen zwischen der Sowjetunion und Deutschland, ferner zwischen Sowjetunion mit der Türkei. Entsprechende Angebote machte Rußland an Finnland, Estland, Litauen und Polen. Die Aufnahme des russischen Angebotes war verschieden. Während Litauen seine Bereitwilligkeit erklärte, einen derartigen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion zu schließen, versuchten die übrigen Staaten faule Manöver. Es sind dies die antibolschewistischen Weißgardisten-Regierungen, hinter denen England steht. Finnland, Polen, Estland und Lettland erklärten, sie seien bereit, mit Rußland zu verhandeln, aber nur gemeinsam als Block der Randstaaten. Die weißgardistischen Politiker haben also die Unverschämtheit, daß sie gerade das Freundschaftsangebot Sowjet-Rußlands dazu verwenden wollen, um ihre Geheimverträge gewissermaßen zu veröffentlichen. Es bestehen bereits geheime militärische Abmachungen zwischen den vier genannten Regierungen gegen Sowjet-Rußland. Jetzt wollen sie alle vier als geschlossener militärischer Block Sowjet-Rußland entgegentreten. Sowjet-Rußland steht auf dem Standpunkt, daß es mit dem antibolschewistischen Block als solchen nicht verhandelt, sondern nur mit den einzelnen Staaten.

Die Machthaber von Polen, Lettland usw. sind nicht gewillt, mit Sowjet-Rußland eine Verständigung zu finden, die jede Kriegsgefahr ausschließt. Im Gegenteil. Die polnische und die finnische Delegation hat auf der letzten Völkerbundstagung in Genf sich bemüht, die Bestimmungen des Artikel 16 des Völkerbunds-Statuts noch zu verschärfen. Auf diese Weise soll der Völkerbundskrieg gegen Sowjet-Rußland mit Hilfe der weißgardistischen Raubstaaten beschleunigt werden.

Litauen war gezwungen, einen anderen Weg zu gehen. Litauens staatliche Existenz ist durch die Pläne Pilsudskis unmittelbar bedroht. Die Massen des litauischen Volkes wissen sehr gut, daß Sowjet-Rußland ihre einzige Stütze gegen die Raubpläne der polnischen Junker ist. Darum wollen die litauischen Bauern und Arbeiter den Abschluß des Freundschaftsvertrages mit Sowjet-Rußland. Die litauische Regierung ist in letzter Zeit von Polen und Lettland stark bearbeitet worden, damit sie sich freiwillig unter die Oberhoheit Pilsudskis begibt. Wenn sich die Nachricht über den Abschluß des russisch-litauischen Freundschaftsvertrages bestätigt, so zeigt dies, daß der Selbsterhaltungswille der litauischen Volksmassen sich durchgesetzt hat.

Die Verträge, die Sowjet-Rußland seinen Nachbarn anbietet, bedrohen niemand, sondern die beiden Vertragschließenden verpflichten sich nur, gegeneinander keinen Krieg zu führen und auch an kriegerischen Kombinationen gegeneinander nicht teilzunehmen. Es bleibt abzuwarten, welchen Vorbehalt Litauen macht, um seinen Friedenswillen gegenüber Sowjet-Rußland mit seiner Mitgliedschaft im Völkerbund zu vereinbaren.

Es wird behauptet, daß der russisch-litauische Vertrag auch einen Absatz über Wilna enthalten wird. Litauen hat den Raub Wilnas durch Polen niemals anerkannt. Unter diesen Umständen kann niemand von Sowjet-Rußland verlangen, daß es seinerseits eine solche Anerkennung leistet. Sowjet-Rußland ist nicht verpflichtet, aus freien Stücken die Räubereien der Pilsudski-Clique zu legalisieren. Der Abschluß eines russisch-litauischen Freundschaftsvertrages wird bei der Pilsudski-Regierung den Willen stärken, über Litauen herzufallen. Aber Pilsudski kann ein solches Abenteuer nur wagen, wenn ihm Deutschland und England den Rücken frei halten. Darum muß das westeuropäische Proletariat in nächster Zeit die Ereignisse an der polnisch-litauischen Grenze mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen, um die imperialistischen Angriffspläne gegen Litauen und gegen Sowjet-Rußland zu vereiteln.

Die Sowjet-Union gegen die britischen Provokationen

Die „Iswestija" stellt das andauernde provokatorische aggressive Vorgehen Tschangtsolins auf der China-Ost-Bahn fest und betont, daß Japan und besonders England für die Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260929-14/fragment/page=0001

schärfung der Krise in der Mandschurei verantwortlich sind. Hart bedrängt von der mächtig anwachsenden nationalen Bewegung in China, sehne England heiß eine Intervention herbei, könne sich jedoch infolge der Weigerung der Vereinigten Staaten sowie des schwankenden Verhaltens Japans in der Frage der Teilnahme an einer neuen Boxer-Expedition nicht dazu entschließen.

Besonders aktuell sei für England die Frage der Intervention seit dem Blutbade von Wanshien, das die Entrüstung der breiten Massen des Volkes von China hervorgerufen hat und die Verhängung des allgemeinen Boykotts der englischen Waren herbeizuführen drohe.

Gegenwärtig sucht England Tschangtsolin zu weiterem Vorgehen gegen die Sowjetunion zu veranlassen. Es hoffte, einen militärischen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Tschangtsolin heraufzubeschwören, um eine japanische Intervention in Nordchina herbeizuführen und eine Intervention in Kanton und am Jangtsekiang zu organisieren, ohne Gefahr zu laufen, isoliert zu bleiben. Die Sowjetunion wird auf die Provokation des britischen Imperialismus nicht eingehen, sondern Wege und Mittel finden, ihre gesetzmäßigen Rechte zu schützen, ohne sich auf Abenteuer einzulassen.

Vor einem Disziplinarverfahren gegen Friedensburg?

Hindenburg läßt die Rede Friedensburgs einfordern — Eine kommunistische Interpellation

Wie wir bereits in der Montag-Ausgabe mitteilten, hat der demokratische Vizepolizeipräsident von Berlin, Friedensburg, in der Sonnabend-Sitzung des Republikanischen Reichsbundes eine sensationelle Rede gehalten, die erstens feststellte, daß der deutschnationale Oberreichsanwalt in Leipzig, Werner, die beiden Vertrauensleute Severings, die dem preußischen Innenminister vor Monaten das Material über den Hugenberg-Putsch und die berüchtigte Notverordnung übermittelt hatten, wegen Landesverrats hat verhaften lassen. Zweitens teilte Friedensburg mit, daß das Bureau des Reichspräsidenten Hindenburg diejenige Stelle sei, an die sich alle möglichen Gruppen zu wenden pflegten, wenn sie irgend etwas gegen den Willen der preußischen Regierung erreichen wollten.

Nunmehr hat das Bureau des Reichspräsidenten eingegriffen. Darüber liegt folgende Meldung des WTB. vor:

Wie die Blätter von zuständiger Seite erfahren, hat der Staatssekretär im Bureau des Reichspräsidenten, Meißner, im Verfolg der Rede des Polizeivizepräsidenten Friedensburg in einem Schreiben den preußischen Minister des Innern, Severing, gebeten, eine Feststellung des authentischen Wortlautes der betreffenden Rede zu veranlassen.

Diese Einforderung der Rede Friedensburgs durch das Bureau des Reichspräsidenten, zumal sie in dieser öffentlichen Form geschieht, bedeutet, daß die Rede Friedensburgs ein disziplinarisches Nachspiel haben dürfte. Friedensburg selbst ist durch dies Vorgehen Hindenburgs so erschreckt, daß er eine Erklärung an das Wolffsche Telegraphenbureau übermittelt, in der er behauptet, seine Rede sei entstellt worden. Er zitiert dann den betreffenden Passus über das Bureau des Reichspräsidenten und er behauptet, lediglich gelegt zu haben, daß es nur Schönheitsfehler seien, wenn sich an das Bureau des Reichspräsidenten alle möglichen Gruppen zu wenden pflegten, um etwas zu erreichen. Wir glauben kaum, daß Herr Friedensburg seine Stellung beim Reichspräsidenten verbeliert wird, wenn er jetzt nachträglich durch Abmilderungen Unheil verhüten will. Aber so sind die schwarzrotgoldenen Republikaner: als echte frühere wilhelminische Untertanen: Erst reden sie große Töne, und dann, wenn sie für ihre Taten einstehen sollen, knicken sie wie ein Taschenmesser zusammen.

Kommunistische Landtagsanfrage zum Fall Dietz

Berlin, 28. September.

In einer großen Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion wird unter Hinweis auf die Verhaftung des Dr. Heinrich Dietz und auf die weitere Erklärung des Polizeivizepräsidenten Dr. Friedensburg das Staatsministerium gefragt, was es zur Verfolgung und Bestrafung der an den monarchistischen Umsturz- und Hochverratsprojekten vom Mai d. J. Beteiligten zu unternehmen gedenke.

Die bayrische Feme und ihre Hintermänner

Neue Enthüllungen

Der Abgeordnete Levi gab als Berichterstatter im Femeausschuß am Montag eine eingehende Darstellung der Ermordung des Dienstmädchens Sandmaier, die im Auftrage der Landesleitung der bayrischen Einwohnerwehren durchgeführt wurde. Wir haben bereits vor Wochen, anläßlich der ersten Levischen Enthüllungen, darüber eingehend berichtet. Levi ergänzt jetzt seine Enthüllungen durch einige neue Mitteilungen:

Der Mörder Schweikhardt wurde zeitweise auch auf einem Gute des Herzogs Ludwig von Bayern verborgen gehalten. Das geschah, weil Schweikhardt allmählich zu einem Erpresser an seinen Mitwissern, Freunden des Herzogs Ludwig (!), sich auszuwachsen drohte.

Levi brachte Einzelheiten über einen neuen „Verrätermord" an einem gewissen Hoernle, der in Wahrheit Heinz von Langenheim hieß. Der Mord wurde durch den Leutnant Berchthold, der auch am Sandmaier-Mord teilnahm, in der Nähe von Leoben auf österreichischem Gebiet durchgeführt und von den österreichischen Behörden als „Raubmord" betrachtet.

Der juristische Mitarbeiter der Landesleitung der bayrischen Einwohnerwehren, Dr. Gademann kam zum Staatsanwalt Wetter und drohte, daß bei weiterer Verfolgung der Forstenrieder Mordsache (Sandmaier) man Gefahr laufe, daß Mitglieder der Regierung Kahr genannt werden müßten und Kahr selber und Poehner in die Untersuchung als Mitäter und Anstifter hineingezogen und kompromittiert werden könnten (!!).

Der Oberstleutnant Kriebel lehnte Aussagen über „gewisse Vorgänge" ab, da er durch Ehrenwort eine Schweigeverpflichtung (!) gegenüber dem Landesleiter der Einwohnerwehr Escherich sich auferlegt habe.

Abgeordneter Levi zitierte aus einem Brief des stellvertretenden Landeshauptmanns Kanzler der Einwohnerwehr an den Bauernkaplan Heim folgenden Passus:

„Bearbeite weiter die Sache Z., es gibt sonst einen Höllenskandal!"

In diesem Zusammenhang dürfte es vom größten Interesse für die Oeffentlichkeit sein, daran zu denken, daß Herr Hindenburg den obersten Amtsrichter der Fememörder in Bayern, Herrn Escherich, erst vor wenigen Wochen freundschaftlichst besucht hat.

Mittelalter in der Gesolei-Stadt

Düsseldorf, 28. September.

Dem Rechtsanwalt Hoffmann, der den Genossen Oskar Adam im Zuchthaus zu Düsseldorf aufsuchen wollte, wurde mitgeteilt, daß der Genosse Adam angeblich in ein anderes Zuchthaus nach Bochum transportiert sei.

Wie wir bereits mitteilten, ist der Genosse Adam, der sich schon zwölf Tage im Hungerstreik befand, bereits so entkräftet gewesen, daß er von zwei Personen gestützt werden mußte. Es erscheint daher unglaublich, daß der Genosse nach Bochum transportiert worden ist.

Gestern abend fand in Düsseldorf eine Protestkundgebung statt, die mit Entrüstung von den Maßnahmen der Schardjustiz Kenntnis nahm und die sofortige Freilassung des Genossen Adam forderte. Ein Telegramm, daß die sofortige Freilassung fordert, wurde an das Justizministerium gesandt.

Massenaufmarsch für den Kongreß der Werktätigen

Die Belegschaft der Pränasa-Werke, Gräfrath-Solingen, nahm in ihrer Belegschaftsversammlung einstimmig eine Resolution an, die sich für den Kongreß der Werktätigen erklärt. Die Belegschaft forderte den Ortsausschuß, den Bezirksausschuß und den Bundesvorstand des ADGB. auf, sich an den Vorbereitungen des Kongresses der Werktätigen zu beteiligen. Der Vorstand der Kriegsgegner (früher „Kriegsteilnehmer-Vereinigung"), Ortsgruppe Wald bei Solingen, begrüßte in seiner letzten Mitgliederversammlung die Einberufung des Kodewe und beschloß einen Delegierten zu diesem Kongreß zu schicken. Als Delegierter wurde der parteilose Kamerad Flormann gewählt.

Eine Versammlung der organisierten erwerbslosen Metallarbeiter in Stuttgart kritisierte scharf das bisherige passive Verhalten des Ortsausschusses des ADGB. in der Erwerbslosenfrage. Die versammelten erwerbslosen Metallarbeiter wandten sich gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der ADGB.-Führung und erklärten sich für den Kongreß der Werktätigen.

Die Pränasa-Werke sind die größte Haarschneidemaschinenfabrik Deutschlands. Die Tatsache, daß in diesem früher stark faschistisch verseuchten Betrieb die Belegschaft sich für den Kongreß der Werktätigen ausspricht, ist ein Beweis dafür, was planmäßige revolutionär-gewerkschaftliche Arbeit zu erreichen vermag.

*

Die Betriebsrätevollversammlung des Industriebezirks Limbach in Sachsen begrüßte, daß die Kommunistische Partei die Initiative zur Einberufung des Kongresses der Werktätigen ergriffen hat. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde dem Kongreß die vollste Sympathie ausgesprochen und das Einverständnis mit dessen Beschlüssen erklärt.

Eine Betriebsversammlung der Firma Schnicke, Chemnitz, solidarisierte sich mit der Forderung des Kongresses der Werktätigen. In der Resolution heißt es: „Der Kongreß, der sich als alle arbeitenden Schichten zusammensetzt und auch die Erwerbslosen einbezieht, wird es sich zur Aufgabe machen müssen, bahnbrechend zum Wohle der Arbeiterklasse zu wirken."

Die Belegschaft der Baustelle Lange in Chemnitz begrüßte in einer Resolution den Kongreß der Werktätigen und erklärte, den Kongreß mit allen Mitteln zu unterstützen.

Eine Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Duisburg, in der der Gauleiter das Referat hielt, nahm eine Resolution für die Beschickung des Kongresses der Werktätigen an. Der Vorstand sagte zu, den Beschluß durchzuführen und die Entsendung eines Verbandsfunktionärs als Delegierten zu finanzieren.

Severing verdunkelt die Fememorde

Die Rolle Jahrkes beim Küstriner Putsch

Gestern tagte wieder einmal der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages, der Aufklärung über die Fememorde bringen soll.

Das Reichskabinett hatte sich mit dem preußischen Minister des Innern, Severing, ins Einvernehmen gesetzt, einen Teil der protokollarischen Aussagen des Schmidt **nicht zu veröffentlichen und vorzulegen.** Severing war natürlich damit einverstanden.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde ein kommunistischer Antrag, den Minister Severing über seine Bedenken gegen die Veröffentlichung der Zeugenaussagen zu vernehmen, abgelehnt.

In der nun folgenden öffentlichen Sitzung wurde das revidierte Protokoll über die Aussagen des Zeugen Schmidt verlesen. Aller Augenblicke wurde bei der Verlesung festgestellt, daß eine Lücke zu verzeichnen sei.

Bei allen diesen Lücken handelt es sich im wesentlichen um Dinge, bei denen der deutschnationale **Abgeordnete Jahnke,** der von der Deutschnationalen Volkspartei, Wahlkreis Halle-Merseburg, aufgestellt ist, eine Rolle spielte, eine Rolle nämlich **im amtlichen Auftrage der Reichsregierung.** Aus den verlesenen Aeußerungen geht trotzdem hervor, daß der Zeuge Schmidt den deutschnationalen Abgeordneten Jahnke beschuldigt hat, **bei den Vorbereitungen zum Küstriner Putsch entscheidend mitgewirkt zu haben.**

Eine neue Rede Silverbergs in Sicht

Silverberg will praktische Vorschläge zur Großen Koalition machen

Auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland-Westfalen am 1. Oktober in Düsseldorf [illegible] den Kommerzienrat Reusch und Generaldirektor Silverberg [illegible]. Am 14. Oktober vormittags findet eine Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie statt, [illegible] am Nachmittag des gleichen Tages wird der erweiterte Vorstand des Verbandes tagen. Die Sitzungen, so heißt es im „Berliner Tageblatt", sollen Klarheit darüber schaffen, in welchem Umfange der Reichsverband der Deutschen Industrie die Initiative zu einer praktischen Zusammenarbeit zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft ergreifen wird.

Polizeiaktionen gegen das Gothaer Volkshaus und das „Thüringer Volksblatt"

Am Sonnabend unternahm die Gothaer Kriminalpolizei eine große Haussuchungsaktion in der „Volksblatt"-Buchhandlung, in den Verlagsräumen und in den Redaktionsräumen. Auch in Privatwohnungen fanden einige Haussuchungen statt. Die Genossen Hörsel und Hans Riepl wurden verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis überführt. Am Sonnabendnachmittag wurde nochmals eine Polizeiaktion gegen das Volkshaus durchgeführt, dessen sämtliche Eingänge abgesperrt wurden, um es zu durchsuchen.

Unser Gothaer Parteiblatt teilt mit, daß es sich bei dieser Aktion um die Suche nach der Zeitschrift „Die Schutzpolizei", Organ für die Interessen der unteren Polizeibeamten" handelt. Es ist dies eine vollkommen legale Zeitschrift, mit Angabe des verantwortlichen Redakteurs (Landtagsabgeordneter Genosse Kaiser) und des Verlags (Biva), sowie der Druckerei. Der Inhalt der Zeitung befaßt sich vorwiegend mit dem Verbandstag der preußischen Polizeibeamten, den Forderungen der unteren Beamten und ihre Stellung zur Arbeiterschaft. Die Gothaer Polizeiaktion erfolgte unter schamlosem Rechtsbruch, um die Polizei als ein wohlfunktionierendes Klasseninstrument der Bourgeoisie intakt zu halten. Der herrschenden Klasse ist es nur angenehm, die Kluft zwischen den Kriminalbeamten und der Arbeiterschaft zu vergrößern, die Polizeibeamten durch die faschistischen Polizeioffiziere aufhetzen zu können.

Die tägliche Engleisung der Dawes-Bahn

Aachen, 28. September.

Bei der Einfahrt des Personenzuges 603 von Walheim nach Aachen in den Bahnhof Corneliminster entgleiste heute um 6.50 Uhr Minuten vormittags in der Einfahrtsweiche der fünfte und siebente Wagen des Zuges. Der fünfte Wagen legte sich dabei schräg nach der Seite um. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist unerheblich. Die Feststellungen über die Ursache sind noch im Gange. Der Verkehr in beiden Richtungen wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Die Schuld der Bauffirma am Brückeneinsturz in Gartz

Berlin, 28. September.

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, ist die Untersuchung über den Einsturz der Gartzer Oderbrücke heute abgeschlossen worden. Der Betonmeister Fitch, der verhaftet, aber wieder freigelassen worden war, **ist abermals verhaftet worden,** da ihm schuldhafte Nachlässigkeit zur Last gelegt wird. Außerdem stehen, wie man in Gartz annimmt, **noch zwei weitere Verhaftungen bevor.**

Das Karussell der Verhaftungen und Enthaftungen im Zusammenhang mit dem Brückeneinsturz bei Gartz wird immer rasender. Die vorliegende Meldung bestätigt, daß wir damals recht behielten, als wir den Meldungen, die Baufirma trage keine Schuld, keinen Glauben schenkten. Was wird nun die Gartzer Stadtverordnetenversammlung machen, die gleich nach dem Brückeneinsturz einstimmig die Beschlagnahme des Vermögens der Brückenbaufirma forderte, um dann zwei Tage später diesen Beschluß ebenso einstimmig wieder aufzuheben?

Bildet freigewerkschaftliche Werbeausschüsse!

In den Pränasa-Werken in Gräfrath-Solingen hat der freigewerkschaftliche Werbeausschuß, der im Betrieb seit vier Wochen arbeitet, in dieser kurzen Zeit bereits 32 Neuaufnahmen in den DMVB. als guten Erfolg zu verzeichnen.

Der DMVB. Solingen, dessen Ortsverwaltung sich seit der Vereinigung mit dem Industriearbeiter-Verband aus zehn SPD.- und zehn KPD.-Kollegen zusammensetzt, hat einstimmig die Anerkennung der Gräfrather Werbeausschüsse durch die Ortsverwaltung beschlossen. Außerdem wurde beschlossen, für die einzelnen Branchen, besonders zur Arbeit unter den Heimarbeitern, freigewerkschaftliche Werbeausschüsse zu bilden.

Das Beispiel der oppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre in Gräfrath-Solingen muß im ganzen Reiche Nachahmung finden, um die Basis für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik weiterhin zu helfen.

Sitzung der Bergarbeiter-Internationale in Ostende

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 29. September.

Morgen wird in Ostende die Sitzung des Exekutiv-Komitees der Bergarbeiter-Internationale beginnen. Auf der Tagesordnung stehen zwei Punkte: **1. Bericht der englischen Delegation über die Streiklage; 2. Entgegennahme der Berichte der Landesorganisationen über die Frage des internationalen Solidaritätsstreiks.**

Da sich aus Deutschland Hukemann und sein Vertreter Walbeck nach Ostende begeben, ist die Einwirkung der deutschen Bergarbeitervertretung zugunsten der Sabotage jedes internationalen Streiks sicher.

*

London. Nach der Rede Churchills im Unterhaus fand eine erneute Unterredung zwischen dem Schatzkanzler und Cook statt, die völlig ergebnislos verlief. Die Bergarbeiterführer holen heute Gutachten des Generalrates des Gewerkschaftskongresses ein, ob sie am Mittwoch der Delegiertenkonferenz vorlegen wollen. Auf dieser Konferenz soll, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, ein neues Friedensangebot der Bergarbeiter formuliert werden, auf dessen Grundlage noch in dieser Woche die Verhandlungen zwischen Bergarbeiterführern und Regierung fortgesetzt werden sollen.

Politische Randbemerkungen

„Klassenkampf", „Volksblatt", „Vorwärts" und der Streikbeschluß der Hamburger Hafenarbeiter. Die Hamburger Hafenarbeiter haben mit überwiegender Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten. Diese Tatsache wird in der gestrigen Ausgabe des „Klassenkampf" dadurch gekennzeichnet, daß sie in einer dreispaltigen Ueberschrift auf der ersten Seite behandelt wird. Es ist klar, daß ein Streik der Hamburger Hafenarbeiter die englischen Bergarbeiter aufs beste und tatkräftigste in ihrem Kampf unterstützen wird. Der „Vorwärts" bringt diese Mitteilung in der gestrigen Ausgabe auf Aber wie? Auf der letzten Seite eine kleine Meldung, direkt über den Annoncen. Kaum zu sehen. Nur der geübte Zeitungsleser merkt sie. Was ist auch für den „Vorwärts" der Streikbeschluß der Hamburger Hafenarbeiter für eine wichtige Tatsache? Den Redakteur aber schlägt das „Volksblatt". Selbst bei mikroskopischer Untersuchung entdeckt man nichts von dieser wichtigen Tatsache. Man ignoriert einfach. „Schleimfische und Schlammhüpfer" sind für das „Volksblatt" eine wichtigere Tatsache als der Streikbeschluß der Hamburger Hafenarbeiter.

„Unserer herrlichen Polizei" widmet das gestrige „Volksblatt" den größten Teil der ersten Seite durch zwei Bilder, auf denen Momentaufnahmen aus der Polizeiausstellung in Berlin und Turnübungen abkonterfeit sind, die von der Polizeischule in Spandau ausgeführt werden. Auf dem ersten Bild steht man Herrn Severing im Ehrenhof der Ausstellung bei seiner Eröffnungsansprache. Auf dem zweiten Bilde die Schüler der Polizeischule im Turnfest-waghalsige Leibesübungen vollführend. Das ist dieselbe Polizei, deren typischer Vertreter der bereits zum Hauptmann avancierte Wiecker ist. Das ist dieselbe Polizei, die die knurrenden Massen der Erwerbslosen mit blauen Bohnen traktiert, wie vor wenigen Tagen in Breslau, und die bei Zusammenstößen mit Faschisten jedesmal gegen Reichsbannerarbeiter oder rote Frontkämpfer und die Stahlhelmer eintritt, und dazu beiträgt, daß Arbeiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser wandern, die Faschisten aber frei und unbehelligt bleiben. Ob den „Volksblatt"-Lesern, die Arbeiter sind, nicht die Galle überläuft, wenn sie solche Bilderfolge vorgesetzt bekommen, die ihre ärgsten Feinde verherrlichen? Ob sich die „Volksblatt"-Redaktion ein Vertrauensverhältnis zur Polizei hat, wie Herr Severing in seiner Rede forderte, haben wir nie bezweifelt. Daß die preußische Polizei ein Instrument der Kapitalisten gegen die Arbeiter ist, das sehen wir alle Tage. Das wird sich so lange nicht ändern, bis nicht das Proletariat die Macht ergriffen hat und seine eigene Schutzorganisation geschaffen hat.

Krach in den Vereinigten Vaterländischen Verbänden. Es ist noch nicht lange her, da haben die Vaterländischen Verbände sich zu einer Dachgesellschaft, den Vereinigten Vaterländischen Verbänden (VVV) zusammengeschlossen und schon ist ein wüster Streit im Gange. Der Streitobjekt ist Ludendorff, den die Vereinigten Vaterländischen Verbände, die den berüchtigten Nürnberger Ehrentag organisierten, nicht zur Teilnahme an diesem Tage aufgefordert hatten. Desweg ist die Empörung bei dem radikalen Teil der VVV. sehr stark. [illegible] haben ihren Austritt aus dem VVV. erklärt. Zusammenschluß [illegible] Austritt, Austritt — Zusammenschluß in dunner Wechselfolge. [illegible] ist das äußere Bild, das die Vaterländischen Verbände zeigen. [illegible] nationale Einheitsfront marschiert. So verkündet man großartig. Die nationale Einheitsfront haut sich, das ist die Wirklichkeit. [illegible] gibt nur eine Einheitsfront der nationalen Verbände, wenn es [illegible] Schießprügel und Maschinengewehren, mit Unternehmergeldern und Unternehmerversprechungen gegen die Arbeiterschaft geht.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Für die Anerkennung Sowjet-Rußlands. Die Mitglieder der ersten amerikanischen Kommission, die die Verhältnisse in der Sowjetunion studierten und der auch bekannte Industrielle angehörten, hat dem Präsidenten Coolidge ein Schreiben zugeschickt, in dem die sofortige Anerkennung der Sowjetunion gefordert wird.

Ein Schädel der Urmenschen auf Java gefunden. Wie aus Soerabaja berichtet wird, hat Dr. Heberlein in der Landschaft Madiola, wo früher bereits Schädelfragmente gefunden worden sind, jetzt einen vollständigen Schädel des Urmenschen gefunden.

Berlin. Die „Welt am Abend" weist darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der Claß-Putschisten auf die direkten Einwirkungen des Reichspräsidenten zurückzuführen ist. In die von Claß inszenierte Putschbewegung, deren Fäden direkt nach Doorn liefen, waren die namhaftesten Vertreter der monarchistischen Restauration verwickelt. — Es ist schon eine sehr große Heuchelei, wenn der „Vorwärts" in seinem Kommentar zur Verhaftung von Dr. Dietz und Dr. Goldmann schreibt: „Von den Putschkomplotteuren Claß und Genossen ist keiner in Haft" und nicht zu sagen wo wer ihre Verhaftung bisher gehindert hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260929-14/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Bericht des ADGB. für 1925*)

Das Jahrbuch des ADGB. für 1925 bringt auf 237 Seiten eine Uebersicht über Politik und Organisation im verflossenen Jahre. Wenn auch die technischen Schwierigkeiten, besonders bei Bearbeitung des statistischen Materials, nicht verkannt werden dürfen, so ist doch die Forderung berechtigt, in Zukunft die Jahrbücher um einige Monate früher herauszubringen.

In sachlicher Hinsicht ist gegen die Darstellung der Wirtschaftslage und die daraus gezogenen Schlüsse manches einzuwenden: Es bedarf noch einer zähen und energischen Arbeit der kommunistischen Fraktionen, um die organisatorischen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die deutsche Gewerkschaftsbewegung als Konzentrationspunkt der Arbeiterklasse die Bedeutung gewinnt, die sie zum unüberwindlichen Machtfaktor gegenüber dem Unternehmertum macht.

Nach einer Einleitung über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft gibt das Jahrbuch eine Uebersicht über die Maßnahmen des ADGB. zur **Preissteigerung, der Handelspolitik, zur Krise auf dem Arbeitsmarkt**, den Erhöhungen der **Erwerbslosenunterstützungen**, der **Arbeitsbeschaffung** und des **Arbeitsnachweises**. In den folgenden Abschnitten werden behandelt: **Dawes-Plan und Steuergesetzgebung, Sozialpolitik und Volkswirtschaft, Achtstundentag, die Sozialpolitik im Reichswirtschaftsrat, Reichswirtschaftsrat und Berufskammern, die Gewerkschaften in den amtlichen Wirtschaftsorganen, sowie die Entwicklung des Arbeitsrechts.**

Eines der wichtigsten Kapitel ist **die Lohnpolitik der Gewerkschaften.** Aus dem Bericht, wie aus den zahlreichen Statistiken geht hervor, daß gegen die **Offensive des Unternehmertums** die Gewerkschaften nur mit einer sehr **schwachen Gegenwehr** antworten. Es ist irreführend, wenn der Bericht gegenüber einer Steigerung des Lebenshaltungsindex von 6,1 Prozent, eine Lohnerhöhung von 5,7 Prozent berechnet. Das Bild ändert sich wesentlich, wenn, wie es selbstverständlich sein sollte, die Jahresdurchschnittssteigerung beider Vergleichspolten gegeben wird. Dann steht einer Steigerung des Lebenshaltungsindex von 6 Prozent nur eine Steigerung des Jahresdurchschnittslohnes von 12,9 Prozent gegenüber. Berücksichtigt man ferner, daß die Spanne zwischen den Löhnen ungelernter und weiblicher Arbeiter zu denen der Gelernten sich noch mehr erweitert hat, so bleibt es fraglich, ob die Arbeiterschaft dem ADGB. beipflichten kann, wenn er schreibt: „An sich kann die Lohnentwicklung im Jahre 1925 als durchaus erfreulich bezeichnet werden".

Es bleibt das Geheimnis des Bundesvorstandes, woher er **die Höhe des Lohnes im Durchschnitt aller Berufe** zwischen 70,2 und 72,3 Pfennigen errechnet hat. Aus den Tabellen 2 bis 7 lassen sich derartige Lohnhöhen nicht ableiten. Die vom ADGB. im November 1925 durchgeführte **Lohntütensammlung**, von der 145 497 Arbeiter erfaßt wurden, gibt denn auch eine starke Korrektur der erwähnten gegen die tatsächlich gezahlten Löhne. Nach dieser Lohntütenstatistik liegen die Löhne der Ungelernten überall unter dem Tariflohndurchschnitt. Sehr interessanten Aufschluß gibt das Material über **Ausbeutung jugendlicher Arbeiter durch Akkordarbeit.** Selbst bei Akkordschinderei ist es dem männlichen Jugendlichen **nur möglich**, 44,8 Prozent des Lohnes der Vollarbeiter zu erreichen, während weibliche Jugendliche es sogar nur auf 37,3 Prozent bringen. Diese Zahlen sind **eine harte Verurteilung der gesamten Lohnpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie.**

Gegenüber 1924, wo es sich in der Mehrzahl um Arbeitsniederlegungen handelte, trägt **die Lohnbewegung 1925 mehr den Charakter des Kampfes um die Lohnhöhe.** Dabei waren 1523 Abwehr- und 1435 Angriffsbewegungen. Die Zahl der Betriebe war bei den letzteren 47 830 mit 438 895 Beschäftigten, bei den zweiten 756 413 Betriebe mit 15 836 353 Beschäftigten, insgesamt 26 958 Fälle in 804 816 Orten mit 804 243 Betrieben und einer Beschäftigtenzahl von 16 275 248. Die **Ausgaben für diese Lohnbewegungen** betrugen 25 658 960 Mark bei einer **Gesamtausgabe** von 125 874 093 Mark. Für **Unterstützungen** wurden im Jahre 1925 ausgegeben **33 042 727 Mark**, während für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5 968 770 Mark ausgegeben wurden. Die **Verwaltungskosten** werden mit insgesamt 35 482 386 **Mark** aufgerechnet. An **Einnahmen hatten** die dem ADGB. angeschlossenen Verbände 147 526 701 Mark.

Der **Mitgliederstand** war im Dezember 1925 **4 182 511 Mitglieder**, darunter 751 585 **weibliche.** Gegenüber dem Jahresschluß 1924 trat eine **Erhöhung von 158 644 Mitgliedern** — 3,9 Prozent ein, doch bleibt der **Jahresdurchschnitt mit 4 159 451 Mitgliedern mit rund 500 000 gegen 1924 zurück**, wo 4 618 553 Mitglieder gezählt wurden.

Mehr als 100 000 Mitglieder haben: **Metallarbeiterverband** (754 699), **Bauwerksbund** (342 235), **Fabrikarbeiter** (334 685), **Textilarbeiter** (312 935), **Holzarbeiter** (297 511), **Verkehrsbund** (259 450), **Gemeinde- und Staatsarbeiterverband** (200 464), **Bergarbeiter** (187 818), **Eisenbahner** (197 990), **Landarbeiter** (185 212). **Mehr weibliche als männliche Mitglieder** verzeichneten: **Bekleidungsarbeiter** (53,4 Prozent weibliche), **Buchbinder** (68 Prozent), **Graphische Hilfsarbeiter** (67 Prozent), **Hutarbeiter** (66 Prozent), **Tabakarbeiter** (76,2 Prozent) und **Textilarbeiter** (61,7 Prozent).

Die **Statistik der Ortsausschüsse** zeigt eine, wenn auch schwache, doch fortschreitende Besserung auf dem Gebiete der Zentralisation, wie auch des inneren Organisationslebens. Es ist aber durchaus von der Hand zu weisen, wenn der Bericht 543 nicht in Ortsausschüssen erfaßte Gewerkschaften aufzählt und dazu erklärt, daß kommunistische Quertreibereien die Ursache des Nichtanschlusses seien". Der Bericht kann es nicht unterlassen, in einem Kapitel, das geschmackvoll **„Kommunistische Zersplitterungsmanöver"** betitelt ist, die gewerkschaftsschädigende Haltung des Bundesvorstandes gegenüber den Rußland-Delegationen, sowie zu der Not der Erwerbslosen zu verteidigen.

Kapitel über das Bildungswesen, Mutterschutz, Bericht der Bundeskasse sowie die Reise deutscher Gewerkschaftsführer nach Amerika beschließen den Reigen. Etwas spärlich ist das Schlußkapitel **„Internationale Gewerkschaftsbewegung"** behandelt, die internationale Solidarität ist für deutsche Gewerkschaftsführer ein Ideal, das bei jeder Frage an die Schranken nationaler Gebundenheit, arbeitsgemeinschaftlicher Koalitionspolitik stößt.

Das Jahrbuch des ADGB. gibt, trotz der sachlichen Mängel, dem Gewerkschaftsfunktionär eine Fülle von **Material** zum Kampf gegen das Unternehmertum. Es sei deshalb dem aufmerksamsten Studium empfohlen.

*) Jahrbuch 1925 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verlag ADGB., Berlin, Inselstraße 6. Preis für Organisationsmitglieder brosch. 3,75, geb. 4,25 Mk.

Verkehrsbund Leipzig gegen Leipart

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Werbewoche nahm eine kombinierte Versammlung der Straßenbahner der Bahnhöfe Leipzig-Lindenau-Leutzsch am vergangenen Freitag für eine Delegation zum Werktätigenkongreß nachfolgende Resolution an:

„Die vom „Deutschen Verkehrsbund" einberufene Versammlung verpflichtet sich, alle Kräfte einzusetzen, damit der DVB. durch Gewinnung neuer Mitglieder zu einer breiten, schlagkräftigen Organisation wird, die die Interessen der im Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter vertritt.

Die Belegschaft fordert aber die Interessenvertretung der Arbeiterklasse von den Organisationen im ADGB. nicht im arbeitsgemeinschaftlichen Sinne, wie solches jetzt von einem Führer Leipart im ADGB. versucht wird. Die Gewerkschaften müssen im Dienste des Klassenkampfes gerade in der jetzigen Periode, in welcher die deutsche Industrie eine Rationalisierung durchführt, bei der Millionen Erwerbslose und weitere Millionen zu Hungerlöhnen in verlänger Arbeitszeit Beschäftigte in den Betrieben mit ihren Familien der Verelendung preisgegeben werden, stehen.

Eine Bewegung ist in der Arbeiterschaft vorhanden, die zur Abwehr der jetzigen brutalen Ausbeutung drängt. Arbeiter, Proletarierorganisationen haben sich im Ausschuß zur Einberufung eines Erwerbslosenkongresses zusammengefunden, um die Sammlung und Mobilisierung aller Kräfte zum Kampf gegen die Verelendung vorzunehmen. Die Versammelten erklären ihre volle Sympathie für den Kongreß der Werktätigen und geben diesem Kongreß ihre vollste Unterstützung. Vom ADGB., vom Verkehrsbund fordern aber die Versammelten die sofortige Mobilisierung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter für den Kongreß der Werktätigen.

Weg mit jeder Arbeitsgemeinschaft, jeder Koalition mit den Bürgerlichen!

Für den proletarischen Klassenkampf! Für den Kongreß der Werktätigen!"

Leipart: „Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte."

Gegen Leipart-Silverberg

Für den Kongreß der Werktätigen

Eine Gewerkschaftswerbeversammlung in Geraberg (Thüringen) erhob in einer einstimmigen Resolution den schärfsten Protest gegen Leipart, sich für die Koalitionswünsche der Schwerindustriellen einzusetzen. Die Leipart-Politik verfolge nur den Zweck, die sich bildende Einheitsfront der Arbeiterschaft zu zerschlagen und die Bourgeoisie im kommenden Katastrophenwinter gegen die Arbeiterschaft zu schützen. Die Resolution begrüßt die Einberufung des Kongresses der Werktätigen.

Baugewerkschaft Halle gibt 200 Mk. für die englischen Bergarbeiter

Vom **Baugewerksbund Halle** wird uns geschrieben:

Am 21. September hielt die Baugewerkschaft Halle ihre Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung:

1. **Die Wirtschaftslage im Baugewerbe und unser Lohnabkommen.**
2. **Verbandangelegenheiten.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen Schade und Dannenberg durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Hierauf ergriff Kollege Koch (Magdeburg) das Wort zum ersten Punkt. Er beschäftigte sich weit ausholend mit dem Gang der diesjährigen Lohnpolitik, verweilte bei der diesjährigen Wirtschaftslage im Baugewerbe, gab statistische Mitteilungen über die bisherige Arbeitslosigkeit und behandelte eingehend das Arbeitsbeschaffungsprogramm, insbesondere **die für die Bauarbeiterschaft in Frage kommenden Bauvorhaben.** Auch auf den von den Unternehmern gewünschten „Arbeitsfrieden" für das Jahr 1927 ging Koch in diesem Zusammenhange ein und bemerkte, daß ja die Unternehmer sich den Arbeitsfrieden selbst garantieren können, wenn sie den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer gerecht würden und insbesondere an die Regelung der Reichs- bzw. Bezirkstarifverträge gingen und die sozialen Forderungen der Arbeitnehmer berücksichtigten. Aber auch **an den einzelnen Kollegen läge** es, hier mitzuhelfen. Die Geschlossenheit der Organisation, die Einhaltung des Achtstundentages und Vermeidung jeden Akkords sei eine unbedingt notwendige Voraussetzung. Hier wird leider immer noch viel gesündigt, und jeder einzelne Kollege hat die Pflicht, hier tatkräftig im Verein mit der Ortsverwaltung einzusetzen. Dies muß der ernste Wille der Kollegen sein, und die zukünftigen Verhandlungen werden den Erfolg in jeder Beziehung kennzeichnen.

Nach lebhafter Diskussion wurde unter **„Verbandsangelegenheiten"** ein **Antrag zur Ueberweisung von 200 Mark an die englischen Bergarbeiter** angenommen. Ein weiterer Antrag wurde als nicht in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung gehörend (?) ohne Abstimmung erledigt.

Kollege Meydenbauer beschäftigte sich mit der Werbewoche, der **Wiederaufnahme des Kollegen Haller** und mit einer Beschwerde in seiner eigenen Angelegenheit. Auch eine öffentliche Bauarbeiterversammlung wurde gewünscht. Das Gesamte wurde durch einige Vorstandsmitglieder und Koch beantwortet bzw. erledigt und die Versammlung geschlossen.

•

Wie wir von mehreren Teilnehmern erfahren, handelte es sich bei dem geheimnisvollen Antrag, der nicht in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung gehört, um den Kongreß der Werktätigen. Jeder Arbeiter wird selbst beurteilen, ob diese Angelegenheit auch die Millionen-Organisation des ADGB. angeht oder nicht, und er wird trotz der Koch, Brauns, Leipart und wie sie alle heißen, die Beteiligung am Kongreß der Werktätigen immer wieder aufrollen müssen auch in den Gewerkschaften!

Die „Erledigung" des Wunsches auf eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, um das in der Gewerkschaftswoche Versäumte wenigstens etwas nachzuholen, bestand in der — Ablehnung dieses Antrages. Im übrigen zeigen die Schlußsätze des VGB.-Berichtes so richtig die Geschäftsordnungsmethoden der Reformisten, und wieviel Arbeit von den Mitgliedern noch geleistet werden muß, um die Gewerkschaften zur restlosen Interessenwahrnehmung der Arbeiterschaft zu zwingen.

Die Lehren des Kongresses von Bournemouth

Die linken Führer fallen um — die Arbeitermassen gehen nach links

Unser englisches Bruderblatt „Workers Weekly" bespricht in einem Leitartikel seiner Ausgabe vom 17. September den letzten Kongreß der britischen Gewerkschaften und zieht daraus die folgenden Lehren:

1. Die alte Führerschaft der Trade Union bildet eine einheitliche Front des Verrates gegen die Arbeiter.

Ueber jede bedeutende Frage, die auf dem Gewerkschaftskongreß behandelt wurde, bestand unter diesen Führern absolute Einstimmigkeit. Sie verhinderten die Diskussion über den englischen Generalstreik und jeden praktischen Schritt zur Unterstützung der Bergarbeiter. Statt dessen legten sie eine Resolution vor, die eine Beleidigung der Bergarbeiter darstellte. Sie griffen die russischen Gewerkschaften an und bereiteten nach einem Jahre der Sabotage alle Schritte für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit die Zerschlagung des Anglo-Russischen Komitees vor. Von Pugh abwärts predigten sie offen „neue Methoden" der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

2. Die ehemaligen „Linken" im Generalrat haben ihre Kapitulation vor den Rechten vollendet.

In keiner einzigen Frage nahmen sie gegen die rechten Führer Stellung. Die Solidarität mit diesen stehl ihnen höher als die mit den Arbeitern. Obwohl die Führer des rechten Flügels eine Reihe von wichtigen Resolutionen einbrachten — die eine mit der Forderung nach größeren Vollmachten für den Generalrat, eine andere zur Unterstützung der Schutzzollpolitik und eine dritte, in der das internationale Arbeitsamt gepriesen wird —, verhielten sich die ehemaligen „Linken" vollkommen schweigsam. Als die Delegierten der Minderheitsbewegung die verräterische Rolle enthüllten, die der Generalrat gegenüber den russischen Arbeitern spielte, war es der „Linke" Purcell, der die Verteidigung des Generalrates übernahm.

3. A. J. Cook hat einen zweiten Schritt auf dem Wege zur gemeinsamen Front mit dem Generalrat unternommen — einen Schritt auf dem Wege, der zur Desertation aus der Arbeiterklasse führt.

Sein erster Schritt auf diesem Wege war es, als er sich damit einverstanden erklärte, daß die Gewerkschaftskonferenz, auf welcher das Verhalten des Generalrates während des Generalstreiks diskutiert werden sollte, nicht einberufen wurde. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Bournemouth war es Cook, der einer inhaltslosen Resolution zuliebe dem Generalrat half, die von der Minderheit geforderte Diskussion zu verhindern.

4. Trotzdem der Gewerkschaftskongreß zu mehr als der Hälfte aus Gewerkschaftsbeamten zusammengesetzt war, zeigte er dennoch die ständige Bewegung der Arbeiter nach links.

Trotzdem Cook offen verlangte, die Arbeiterschaft möge von der Waffe des Streiks Abstand nehmen und sich zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten entschließen, gaben die Delegierten nicht das leiseste Zeichen der Zustimmung zur Feststellung der amerikanischen Delegierten, daß die Gewerkschaften nur da sind, „um die Lebensbedingungen der Arbeiter zu bessern" und daß „Kapitalisten notwendig sind". Der Kongreß hörte die Ausführungen der kleinen kommunistischen Minderheit mit einer Zustimmung an, die nur durch die Gewerkschaftsdisziplin zeitweilig unterdrückt wurde.

5. Es besteht keinerlei Hoffnung, daß sich außerhalb der Reihen der Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung eine neue Führerschaft der Gewerkschaftsbewegung herausbilden könnte, die zum Kampf gegen die Kapitalisten entschlossen ist.

Mit Ausnahme einiger weniger bewies das Auftreten der ehemaligen „Linken" deren völligen Bankrott. Die einzige Gruppe, welche bei jeder Gelegenheit einen entschiedenen und systematischen Kampf gegen den Verrat des Generalrats führte und dadurch ihren Anspruch auf die künftige Führung der Gewerkschaften gerechtfertigt hat, war die Gruppe der Kommunisten und anderer Anhänger der Minderheitsbewegung. Der einzige Weg, um eine entschiedene, kampfentschlossene Führerschaft der Trade Union zu schaffen, welche die Arbeiter anstatt zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zur Ueberwindung des Kapitalismus führen wird, besteht im Aufbau einer machtvollen Kommunistischen Partei.

Konsumverein Gotha voran!

Im Aufmarsche der Belegschaften und Arbeiterorganisationen für den Kongreß der Werktätigen steht unter den Genossenschaften der **Konsumverein Gotha** mit folgender einstimmig angenommenen Resolution an der Spitze:

„Die am 20. September 1926 stattgefundene Betriebsversammlung des Bezirks-Konsumvereins Thüringen-Mitte zu Gotha begrüßt den Kongreß der Werktätigen und stellt sich voll und ganz hinter die Forderungen und Losungen, die der Ausschuß für die Durchführung des Kongresses in seinem Manifest an das werktätige Volk Deutschlands aufgestellt hat. Der Kongreß ist ein Schritt vorwärts zur Sammlung der Massen zum gemeinsamen Kampf gegen jede weitere Unterdrückung und Ausbeutung. Die Belegschaft des Bezirks-Konsumvereins beteiligt sich an dem Kongreß durch Entsendung von Delegierten. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, sich an dem Kongreß der Werktätigen zu beteiligen."

Wo bleiben die Genossenschaften unseres Bezirks?

Neuerscheinungen

„Die Rote Gewerkschafts-Internationale" Nr. 8

Führer-Verlag, Berlin NW 6, Charitéstraße 7. Preis der Organisationsausgabe, ebenfalls durch die Viva-Buchhandlungen, 1 Mark.

Von der laufenden Nummer der „Roten Gewerkschafts-Internationale" (Nr. 8) erwähnen wir folgende Artikel:

Andres Nin: „Der Streik der englischen Bergarbeiter, die internationale Solidarität und der Kampf um die Einheit." — A. Lyß: „25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung." — G. Smolianski: „Der internationale Reformismus und die Arbeiterbewegung." — S. Ertner: „Neue Formen der Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten." — W. Foster: „Gewerkschaftliche Versicherungsgesellschaften in den Vereinigten Staaten." — W. Baladuschewitsch: „Wirtschaft und Lage der Arbeiterklasse in Indien." — A. Enderle: „Die 17. Generalversammlung des DMV." — Anselmi: „Wirtschaftskrise und Klassenkampf in Italien." — Browder: „Die Entwicklung des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten." — Feder: „Die Arbeiterbewegung in Polen nach dem Umsturz." — Luna: „Die Arbeiterbewegung Spaniens unter der militärischen Diktatur." — Lumiruotko: „Die Spaltungsversuche der Amsterdamer in Finnland sind gescheitert." — Baumann: „Die Arbeiterbewegung in Lettland." — Hansen: „Die Ausspernung in Norwegen." — Ibio: „Der Kampf um das Arbeiterschutzgesetz in Palästina." — G. Stutzki: „An der Bergarbeiterfront." — M. A.: „Die internationale Arbeiterfolidarität und die Internationale Transportarbeiter-Föderation." — J. Grasche: „Der dritte Kongreß der Fabrikarbeiter-Internationale."

Außerdem enthält die Nummer, wie üblich, eine Anzahl Buchbesprechungen sowie die offiziellen Mitteilungen, Aufrufe usw. des Vollzugsbureaus der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Denkt an die englischen Bergarbeiter! Helft durch Abführung eines Stundenlohnes!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260929-14/fragment/page=0003

Aus der Partei

Zur Diskussion

Die nachstehende Resolution ist von Giwan der Zelle „Konjum" vorgelegt worden.

Die Mitgliedschaft der Betriebszelle „Konsum" erkennt:

1. In der Mahregelung des Genossen Sinowjew und anderer Führer der linken Opposition in Rußland,

2. in Massenausschlüssen innerhalb der KPD. den Anfang der Liquidierung der Komintern, die in Wirklichkeit schon früher begonnen, jetzt aber in eine entscheidende Phase eingetreten ist, so klar ersichtlich ist, daß die Weltpartei Lenins auf das ernsthafteste bedroht ist.

Weiter erkennt die Zelle „Konsum", daß die gesamte Staats- und Gesellschaftsordnung in Rußland schon heute unter dem nicht mehr verschleierten Zeichen der Reaktion steht und die proletarische Diktatur ganz offen abgebaut wird. Klar und deutlich tritt in Erscheinung, daß die in Rußland durchgeführte Nationalisierung fast vollständig auf Kosten des Proletariats durchgeführt wird, und daß alle Abwehrmaßnahmen des Proletariats mit allen Mitteln der Staatsmacht unterdrückt werden.

Die Zelle „Konsum" erklärt sich daher solidarisch mit den politisch und wirtschaftlich entrechteten Proletariermassen und fordert diese auf, den verschärften Klassenkampf in Stadt und Land zu beginnen und damit vorzubereiten die zweite Revolution zum Sturze der Macht des Kulakentums und der Nep-Bourgeoisie und aufzurichten die wirkliche Diktatur des Proletariats.

An alle wirklichen Revolutionäre der Weltpartei Lenins ergeht der Ruf, dem schwergeprüften russischen Proletariat in seinem schweren Kampfe beizustehen und alles zu tun, um dem Weltproletariat zum endgültigen Siege zu verhelfen über die Weltbourgeoisie und den Weltimperialismus.

•

Die obenstehende Resolution wurde von dem „linken Revolutionär" Giman, früheren Polleiter des Wedding, der bis heute noch ein Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei Deutschlands besitzt, eingebracht und selbstverständlich von der Betriebszelle „Konsum" abgelehnt. Wir halten diese Resolution von großer Bedeutung für den Fortgang unserer Parteidiskussion. Es handelt sich hier nicht um ein unklares Dokument schwankender Genossen, sondern es handelt sich um den vollkommenen Ausdruck über bis zu Ende ausgereiften menschewistischen Ideologie. Die Verfasser dieser Resolution gehören zu der Gruppe der „Entschiedenen Linken", mit denen die ausgeschlossenen Maslow und Ruth Fischer taktisch zusammengehen und von denen die Genossen Urbahns und Weber ganz formell erklärt haben, daß sie entschlossen sind, mit ihnen innerhalb der Partei eine gemeinsame Front gegen das Zentralkomitee zu bilden.

Die von Giwan eingebrachte Resolution der „Entschiedenen Linken" begnügt sich nicht mit der kautskyanischen Einschätzung der proletarischen Diktatur als „reaktionärer Staats- und Gesellschaftsordnung", die sie mit den „Unentschiedenen Linken" vom Typus Urbahns und Weber gemeinsam hat. Diese Resolution spricht zum erstenmal die einzig möglichen Konsequenzen aus, die sich aus dieser Einschätzung ergeben. Die „Entschiedene Linke" fordert das russische Proletariat auf, gegen die „reaktionäre" Sowjetmacht **„den verschärften Klassenkampf in Stadt und Land zu beginnen".** Der verschärfte Klassenkampf mündet notwendigerweise in den Bürgerkrieg und in den bewaffneten Aufstand. Wenn man die proletarische Diktatur als einen betrügerischen Deckmantel für die „Macht des Kulakentums und der Nep-Bourgeoisie" betrachtet, dann bleibt nichts anderes übrig, als die von Korsch-Schwarz-Giwan proklamierte **„zweite Revolution"** zum Sturze der proletarischen Diktatur. Jeder Mensch weiß, **welche Kräfte** heute am Sturze der proletarischen Diktatur arbeiten. Die Ultralinken selbst müssen zugeben, daß die Kulaken, die neuen Kapitalisten und das ausländische Finanzkapital der Todfeind des Sowjetstaates sind. Sie wollen den bewaffneten Aufstand, sie wollen die „zweite Revolution", auf gut deutsch: die weißgardistische Konterrevolution. Die „wirkliche Diktatur des Proletariats", die mit Hilfe des bewaffneten Aufstandes an die Stelle der proletarischen Staatsmacht gesetzt werden soll, wäre der **heilige Dreibund des Kulaken, des Nep-Mannes und des ausländischen Imperialisten, die im Blut der Arbeiter und Bauern ein „zweites", weißes Rußland errichten wollen, ein europäisches China,** eine Quelle des Profits für die finanzkapitalistischen Räuber der ganzen Welt.

Die „vordersten" Reihen unseres linken Oppositionsblocks sind endlich dort angelangt, wohin sie sich entwickeln mußten: bei der Losung des bewaffneten Aufstandes gegen die Sowjetmacht. Sie empfangen die Weihe als die radikalen Apostel des Kautskyschen Evangeliums.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Arthur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Nemmendorf. Gewerkschaftskursus Mittwoch, 29. Sept., 8 Uhr, „Burgschlößchen".
Petzin. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 29. Sept., 8 Uhr, in der „Erholung".
Milau. Sonnabend, 2. Oktober, abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversammlung.
Nemsen. Mitgliederversammlung Donnerstag, 30. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Kötschen-Benna. Mitgliederversammlung Mittwoch, 29. September, 8 Uhr, beim Genossen Bernhard Müller. Parteibücher sind mitzubringen.
Merseburg. Alle Genossen treten am Mittwoch, 29. Sept., abends 7 Uhr, auf dem Roten Markt (Rohmarkt) zur „Kissen" Demonstration an.
Schkeuditz. Der dritte Kassenabend findet anstatt Mittwoch am Donnerstagabend 7½ Uhr bei Silber statt. Rege Teilnahme auch der Genossen aus Papitz und Mohlau ist notwendig.
Merseburg. Mitgliederversammlung des Stadtteils 2 Donnerstag, 30. Sept., 8 Uhr, in der „Funkenburg".

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Mitgliederversammlung Freitag, 1. Okt., 8 Uhr, „Stadt Leipzig".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Freitag, 1. Oktober, Mitreten der gesamten Ortsgruppe abends 5½ Uhr am Bahnhof zum Empfang des Genossen Gebrauch.
Zeitz. Freitag, 1. Okt., abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge" Mitgliederversammlung der gesamten Stadtorganisation.

Unterbezirk Mansfeld-Saalekreis

Unterwiederstedt. Mitgliederversammlung Freitag, 1. Okt., 8 Uhr, bei Haulske.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, 30. Sept., abends 8 Uhr, in der „Weintraube". Referent Landtagsabgeordneter Lademann, Halle.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauzentralbureau Ges. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 5 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die dortige Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Pöschner, Halle, Polizeiamt Leipzig 8715. **Telephon 29012.**

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Zentrum. 4. Kameradschaft. Mittwoch, 8 Uhr, bei Kappika Mitgliederversammlung. Gruppenführer haben einzuladen.
Halle. Gesamter Spielmannszug am Donnerstagabend 6 Uhr im „Volkspark" Ueben.
Halle. Abt. 5, Zentrum. Freitag, 8 Uhr, bei Küppchen Abteilungsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Vertreter der Gauleitung erscheint.
Halle. Abteilung 2, Süden. Freitag, 1. Oktober, Uebungsstunde. Treffpunkt 8 Uhr Ecke Schiffbrückstraße.
Halle. Abteilung 2, Süden. Sonntag, 3. Okt., vorm. 8.30 Uhr, treten alle Kameraden am neuen Jahnenplatz an.
Könnern. Donnerstag, 30. Sept., 8 Uhr, „Bürgergarten", Mitgliederversammlung.
Pulsnitz. Freitag, 1. Okt., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Löbejün. Freitag, 1. Okt., abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler" Versammlung.

Jungfront

Halle. Jungfront. Süden. Donnerstag, 30. Sept., 7 Uhr, Funktionärsitzung. 8 Uhr Beteiligung am Gruppenabend der KJ. bei Freundlich.

Untergau Merseburg

Abteilung Geiseltal. Mittwoch, 29. Sept., abends 8 Uhr, Neumark, Schumanns Gasthof, Abteilungsleitersitzung. (Kameradschaftsführer, Org.-Leiter, Kassierer.)
Merseburg. Mittwoch, 29. Sept., abends 7 Uhr, steht die gesamte Ortsgruppe auf dem Roten Markt.
Merseburg. Donnerstag, 30. Sept., 6½ Uhr, Funktionärsitzung i. d. Buchhandlung Lüpke. Alle Kameraden nehmen an der am Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" stattfindenden Versammlung der Partei teil.
Merseburg. Freitag, 1. Okt., bei Wernicke Pflichtversammlung.
Merseburg. Sonntag, 3. Okt., fährt die gesamte Ortsgruppe mit Spielmannszug zum Roten Tag nach Zeitz (Fahrgeld 1.50 RM.). Abfahrt 8 Uhr.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Teutschenthal. Mittwoch, 29. Sept., im „Mitteldeutsch" Werbebezirksversammlung. An dem Roten Tag in Gerbstedt am Sonntag, 3. Oktober, haben sich alle Ortsgruppen des Mansfelder Seekreises zu beteiligen.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Sonntag, 3. Oktober, findet in Gerbstedt ein Roter Tag, verbunden mit Fahnenübergabe, statt. Sämtliche Ortsgruppen des Untergaues haben restlos daran teilzunehmen.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Mittwoch, 29. September, abends 7 Uhr, Antreten zum Pflichtausmarsch am Brandloch. Spielmannszug zur Stelle.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 30. Sept., 8 Uhr, im „Mindenhof" Jungfrontversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 29. September, abends ½8 Uhr, Pflichtversammlung.

Untergau Zeitz

Sonnabend, 2. Oktober, und Sonntag, 3. Oktober, findet in Zeitz ein Roter Tag statt. Sämtliche Ortsgruppen des Untergaues haben sich daran zu beteiligen.
Theißen. Sonntag, 3. Oktober, treffen sich die Ortsgruppen Theißen, Streckau, Tröbitz und Kaundorf um 12 Uhr mittags an der Waldmannsruh zum Abmarsch nach Zeitz.
Naudorf. Freitag, 1. Okt., abends 8 Uhr, Gasthof Brühl Mitgliederversammlung.
Zeitz. Freitag, 1. Okt., 5½ Uhr, Abholung des Genossen Gierhold vom Bahnhof.
Zeitz. Sonnabend, 2. Okt., 6½ Uhr nachm., Antreten der Ortsgruppe auf dem Schützenplatz zum Fackelzug.
Zeitz. Sonntag, 3. Okt., Stabsquartier der Ortsgruppe „Schützenhaus".

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, 3. Okt., vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Untergaukonferenz, Pflichtversammlung.
Weißenfels. Jungfront. Mittwoch, 29. Sept., abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Freitag, 1. Okt., Abteilungsversammlung der Abteilungen 5 und 4 im Gewerkschaftshaus. Abteilung 1 und 2 Antreten ½8 Uhr am Klingenplatz.
Weißenfels. Sonntag, 3. Okt., Beteiligung der gesamten Ortsgruppe am Roten Tag in Zeitz. Abfahrt mit Auto Sonntag 9 Uhr vom Kolosiflweg. Fahrpreis 80 Pf. Autofahrer melden sich bei den Gruppenführern.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Nemmendorf. Am Mittwoch, 29. Sept., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" haben alle Vorstände der Ortsgruppen, angeschlossenen Vereine und sämtliche Unterkassierer zu einer wichtigen Sitzung zu erscheinen. Im Behinderungsfalle sind Vertreter zu entsenden.
Gerbstedt. Freitag, 1. Okt., 8 Uhr, Versammlung.
Zeitz. Die Mitglieder der Roten Hilfe treffen sich Freitag, nachm. ½6 Uhr, am Bahnhof zum Empfang des aus dem Zuchthaus kommenden Genossen Gierhold.
Hettstedt. Freitag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Zur Erholung" (Paul Dürre, Bürgerkneipe). Alle Einzel- und Korporativmitglieder müssen der wichtigen Tagesordnung halber erscheinen.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 29150

Bitterfeld. Donnerstag, 30. Okt., 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Mitgliederversamml.

Senfgurken zum Donnerstag-Markt billig Ecke Schülershof, Ecke Hausjack

Alle Parteischriften empfehlen die **Volksbuchhandlungen**

Stadt-Theater
Heute Mittwoch 8 Uhr **Der Freischütz**
Donnerstag, 8 Uhr **Das Weib in Purpur**

Walhalla
Tel. 28188
Leg.: Curt Olfers
ab Sonnabd., 2. Okt. täglich 8 Uhr abds.
Gastspiel des Operettenhauses am Bülowplatz (früh. neu. Operett. Theater, Leipzig)
Der Opernball
Operette in 3 Akten v. Richard Heuberger
Preise der Plätze von 60 Pf. an
Der Vorverkauf hat begonnen
Tageskasse ab 11 Uhr Sachsen

Gute Hobelbank billig zu verkaufen **Meyer,** Nikolaistraße 6

Weker-Uhren in groß. Auswahl v. 3.50 Mk. an nur bei **Amand Weiss** Kleinschmiedeg. 6

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer
Was Sie alles für 25 u. 50 Pf.
im Einheits-Geschäft bekommen
Steinweg 3 und Geiststraße 58

Alles für 25 Pfennig

Ausklopfer 3 Quirle	Weinglas Zahnbürste	Stickscheere Taschenkamm
Glanzbürste Taschenmesser	Frisierkamm Brotmesser	3 Paden Stickgarn Scheuertuch
Hosenträger Lackgürtel	Badekamm Sodenhalter	3 Bol. Schnürsen Cell.-Puppe
Strickhandschuh Herrenkragen	Kinderstrümpfe 2 Taschentücher	Nagelnacke Serviettenhalter
Selbstbinder	Schläpfer	Strumpfbänder

Kinderhandtuschchen, Damen-Strümpfe, 3 Paar Schnürsenkel, 3 Stück Toilettenseife

Alles für 50 Pfennig

Damenstrümpfe Seidenq.	Kinderstrümpfe, lang	
Unterröcken, gestickt	Kinderunterröcken, gestickt	
Herrensocken, bunt	Kinderschürzen	
Nachtlampe m. Messingfß.	Bürstenhalter, Leinen	
Messer u. Gabel, Paar	Stangenseife, 26 cm	
Zeitungsmappe	Kleiderbügel mit 3 Haken	
Messerkasten	Holztablett	
Salatbesteck mit Kralle	Taschenmesser m. 2 Kling.	
Em.-Kaffeekanne, bunt	Haarbürste mit Halter	
Rasiergarnitur, 3teilig	Tortenheber	
	Celluloid-Handspiegel	

Es sind Artikel dabei, die Ihnen 25 ₰ Einheitsbrot 1650 Gramm . . 50 ₰

Steinweg 3 und Geiststraße 58

Lederflecken Gummiabsätze billig bei 142 **Wilh. Kranig** Neue Promenade 12

Kartoffeln für den Winterbedarf in mit heiter Ware ab Lager und frei Gefäß liefert **Fr. Probst,** Alter Markt 36 Fernruf 26533

½ Pfd 50 ₰
Kinderzeichnung „Der kleine Coco", oder „Rama" deutsches Fabrikprodukt
MARGARINE
Rama butterfein
Das Allerbeste muß es sein: Drum nehm ich Rama butterfein!

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 30. Sept., 8 Uhr
Populär. Abendkonzert des Hallischen Sinfonie-Orchesters Leitung Benno Kühn
— Eintritt für Abonnenten frei —
Ab Sonntag nachm. und abends: **Konzerte** des Hallischen Sinfonie-Orchesters Abonnenten frei

Modernes Theater
Direktion Ferry Rosen
Nur noch bis Donnerstag:
Der fabelhafte Spielplan mit **Klein-Zick, Goliath und „Kasernenhofblüten"**
Ab 1. Oktober: **München in Halle!**
Gastspiel der **„Oberbayr. Possenbühne"** Münchener Oktober-Rummel usw.

Bitterfeld
Geschäftseröffnung!
Habe in **Bitterfeld, Burgstr. 18** eine
Rossschlächterei
eröffnet und empfehle stets **frisches Rossfleisch,** sowie **ff. Wurstwaren**
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, immer stets gute Waren zu liefern
Rossschlächterei Lieber

Zur Anfertigung **feiner Herrengarderobe** nach Maß empfiehlt sich **Otto Bartelt,** Dreihauptstraße 7

Möbl. J. ob. 2 Schlafstellen 1. 10. zu vermiet. Leipzigstraße 9, II, lks.

Morgen Donnerstag **Schlachtfest** Adolf Schumann, Zeitz, 1188 Kramerstraße 12.

Geschäfts-Uebernahme!
Einer werten Kundschaft gebe hiermit bekannt, daß ich die
Rind- und Schweineschlächterei der Firma **Martin Heclau Merseburger Str. 111**
mit heutigem Tage übernehme. — Ich werde bemüht sein meine werte Kundschaft aufs beste zu bedienen
Hochachtungsvoll
Ernst Hecklau, Merseburger Straße 111

Mode-Zeitungen können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden

Halt! Kleine Anzeigen! Wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten finden hier ihren Erfolg!

SIL
Zum Bleichen - ohnegleichen!
Das herrliche **Schneeweiß** erhält jede Wäsche durch Kochen mit Sil. Hervorragendes Bleichentfernungsmittel. Sil spart Seife und erzielt jede bestandene Bleiche.
Ohne Chlor

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473

Die Bezirkskonferenz findet am 10. Oktober nicht, wie bekanntgegeben, im kleinen Saal, sondern im Portalsammer des „Volksparl" statt. Der dem letzten Rundschreiben beigelegte Fragebogen muß sofort ausgefüllt zurückgesandt werden. Am Mittwoch, 29. September, nehmen alle Mitglieder der BL. am Politischen Informationsabend um 8 Uhr in der Jugendherberge teil.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch, ½8 Uhr, in der Jugendherberge (Weingärten) Funktionärsitzung für alle Gruppen. Mitgliedskarte des KJVD. und Gewerkschaftsbuch mitbringen.
Halle. Gruppe Süd. Donnerstag, 30. Sept., ½8 Uhr, bei Freundlich Gruppenabend. Liederbuch, Liederbüchse mitbringen.
Halle. Gruppe Wölfen. Freitag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, Jugendherberge. Unterhaltungsabend. Musikinstrumente mitbringen. Jungfront dazu eingeladen.
Halle. Gruppe Zentrum. Freitag, abends 8 Uhr, Lokal Boese (Bergstraße) Unterhaltungsabend. Musikinstrumente mitbringen.
Halle. Gruppe Nord. Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Unterhaltungsabend.
Halle. Freitag alle Kassierer 6 Uhr im Bureau Abrechnung.
Arbeitsgebiet Schkeuditz. Freitag, 1. Okt., Arbeitsgebietsfunktionärsitzung. Lokal wird noch bestimmt.
Zreirebo-Radefeld. Donnerstag, 30. Sept., Gruppenabend.
Nemmendorf. Freitag, 7 Uhr, Funktionärsitzung.
Nemmendorf. Freitag, 8 Uhr, Theaterprobe.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mittwoch, 29. Sept., Stellungnahme zur Bezirkskonferenz.
Querfurt. Mittwoch 29. Sept., Stellungnahme zur Bezirkskonferenz.
Neumark. Mittwoch, 29. Sept., Gründung der Ortsgruppe.
Merseburg. Mittwoch, 29. Sept., Gruppenabend. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz.
Lützen. Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversamml.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Am Mittwoch, 29. Sept., abends 7 Uhr, findet in Bitterfeld, „Gesellschaftshaus", eine wichtige Unterbezirkskonferenz statt, zu der folgende Ortsgruppen Vertreter entsenden müssen: Bitterfeld, Greppin, Holzweißig, Grafenhainichen, Brehna, Zörbig.
Brehna. Donnerstag, 30. Sept., 8 Uhr, in der „Erholung" Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An alle Ortsgruppen! Die für Sonntag, 3. Oktober, in Teuchern angesetzte Unterbezirkskonferenz **findet nicht statt.** Alle Ortsgruppen treffen dafür ihre Vorbereitungen zur Bezirkskonferenz.
Alle Ortsgruppen müssen sofort die von der LZW. herausgegebenen Rundschreiben beantworten.
Weißenfels. Sonntag, 3. Oktober, findet in Teuchern die Unterbezirkskonferenz statt. Alle Genossen, welche Musikinstrumente besitzen, treffen sich am Donnerstagabend ½8 Uhr am Kolosiflweg.
Zeitz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.
Zeitz. Donnerstag, 30. Sept., Beteiligung a. d. Betriebsrat. der Gewerkschaftsjugend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung i. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr 14

Halle. Achtung, Spielmannszug! Die Uebungsstunde muß heute ausfallen. Heute nachmittag 6 Uhr in der Produktiv. Ortsvorstandssitzung.
Halle. Freitag, nachm. 6 Uhr, bei der Produktiv Unterhaltungsabend.
Halle. Sonnabend, nachm. 4 Uhr, Produktiv., Abrechnung bei Kassierer, Materialausgabe und Zeitungsabrechnung.
Halle. Sonntag Schnitzeljagd in der Heide. Treffpunkt pünktlich 8 Uhr Hallmark. Rückkehr gegen 6 Uhr abends. Decken mitbringen.
Merseburg. Donnerstag, 30. Sept., nachmittags 5 Uhr, im „Kloster" Treffen. Die Pioniere von 12 bis 14 Jahren erscheinen im Kittel. Teilnahme an dem Vortrag im Schlageartenplan von der Jugendpflege.
Nemmendorf. Freitag, abends 5.6 Uhr, in der „Keil".
Weißenfels. Mittwoch. Alle Pioniere erscheinen 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Donnerstag, 30. Sept., 6 Uhr, Treffen am Klingenplatz, Uebungsstunde.
Weißenfels. Sonnabend, nachm. 5 Uhr, Treffen im Gewerkschaftshaus. Alle Funktionäre müssen bestimmt erscheinen.

Bekanntmachung

Etwa 9–10 000 kg elektrolytisches Kupfer sollen verkauft werden. Besichtigung während der Dienststunden von 8–12 Uhr vorm. Angebote werden bis 6. Oktober 1926, 10 Uhr vorm. erbeten. Formulare hierzu im Bureau erhältlich

Halle, den 29. September 1926

Die Verwaltung des städtischen Elektrizitätswerkes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260929-14/fragment/page=0004